Frankfurter Zeitung
13./III. 1915.



Berlin, 12. März. (W. T. B. Nichtamtlich.) Die verstärkte Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Etat des Reichsamts des Innern. Die Verhandlungen wurden durch einen eingehenden Bericht des Berichterstatters über die in Sachen der

## Volksernährung

ergangenen Verordnungen eingeleitet. Der Staatssekretär des Innern legte dann ausführlich die Entstehung und Entwickelung der gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung sowie ihre Wirksamkeit dar. In der Frage der Brotversorgung wurden einzelne Maßnahmen besprochen und dabei geltend gemacht, daß die landwirtschaftlichen Kreise nicht gehindert werden dürften, von dem ihnen zustehenden Rechte der Selbstbewirtschaftung ihrer Getreidevorräte nach Paragraph 26 Gebrauch zu machen. Die Kriegsgetreidegesellschaft solle hier noch weiter entgegenkommen und die Behörden mehr die Selbstwirtschaft fördern. Dieses sei besonders auch wegen der Kleie wichtig, damit die Landwirte bei dem Mangel an Futtermitteln die aus ihrem Getreide ermahlene Kleie möglichst zurückerhalten. Betont wurde dabei auch die Wichtigkeit, nicht nur die großen und besonders die westlichen Mühlen durch die Kriegsgetreidegesellschaft zu beschäftigen, sondern mit Hilfe der Kommunalverbände dafür zu sorgen, daß auch die kleinen Mühlen mahlen können und ihre alte Kundschaft versorgen. Von anderer Seite wurde gewünscht, daß die regelmäßige Versorgung der großen Zentren von der Kriegsgetreidegesellschaft möglichst bald endgültig in die Hand genommen würde, damit die Uebergangsschwierigkeiten ihr Ende fänden. Der Reichskommissar für die Mehlversorgung legte die Tätigkeit der Kriegsgetreidegesellschaft dar und das bisher von ihr Erreichte. Er entwickelte ferner, wie sie die Versorgung vorzunehmen beabsichtige. Dabei wurde von einer Seite die Feststellung allgemeiner Höchstpreise für Mehl und Brot gewünscht, dem gegenüber aber auf die großen, unüberwindlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die Feststellung lokalrichtiger Brot- und Mehlpreise von der Zentralstelle aus zu treffen. Die Kriegsgetreidegesellschaft soll ihre Mehlpreise für die ganze Versorgungszeit bis zum 15. August feststellen, doch läßt sich die Preishöhe selbst zur Zeit infolge der vielen hineinspielenden unsicheren Faktoren nicht angeben. Da die Kriegsgetreidegesellschaft eine gemeinnützige Gesellschaft ist, die nicht auf Erzielung großer Gewinne hinstrebt, so wird der Mehlpreis so niedrig als möglich gehalten werden. Besonders gewünscht wurde, daß die Ergebnisse der zahlreichen statistischen Erhebungen schneller verarbeitet und nutzbar gemacht würden.

In der Kartoffelfrage wurde geklagt, daß man nicht schneller mit schärferen Maßnahmen eingegriffen hätte. Die vorübergehende Kartoffelnot in manchen Orten sei im wesentlichen jetzt beseitigt oder werde es binnen kurzem sein, wenn bei aufgehendem Wetter die Mieten geöffnet würden. Für eine erhebliche Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln, die von manchen Seiten als zu hoch bezeichnet würden, wurde geltend gemacht, daß man keine anderen Mittel gehabt habe, um die Kartoffeln gegen Verfütterung zu schützen und der menschlichen Ernährung vorzubehalten.

Die Wichtigkeit der Frage einer ausreichenden Versorgung der großen Bevölkerungszentren mit Kartoffeln während der Kriegszeit wurde allerseits anerkannt, dabei aber auch auf die sehr großen Schwierigkeiten, ja beinahe Unmöglichkeit hingewiesen, mit der allgemeinen Beschlagnahme der Kartoffelvorräte etwas wirksames zu erreichen. Es wird angestrebt werden müssen, eine gewisse Kartoffelmenge in den Ueberschußbezirken für die Konsumzentren festzulegen. Gegenüber der Erklärung der Staatsregierung, daß auf diesem Gebiete bereits Vorbereitungen eingeleitet seien, wurde der Wunsch nach schnellerer Durchführung erhoben. Die Schwierigkeit, die erforderlichen Futtermittel zur Durchhaltung des nötigen Pferdebestandes sowie des Rindviehbestandes und zur Aufrechterhaltung der Schweinezucht zu beschaffen wurde allseits beklagt und hierfür besondere Maßnahmen der Reichsregierung auf finanziellem Gebiet gefordert. Der Reichsstaatssekretär sagte weitgehendes Entgegenkommen in dieser volkswirtschaftlich wichtigen Frage zu.

Eingehend wurde von Rednern aller Parteien die Abschlachtung der Schweine besprochen. Die Notwendigkeit schleunigster Verminderung des hohen Schweinebestandes zur Sicherstellung der Kartoffelvorräte für menschliche Nahrung wurde von der Kommission anerkannt. Von schiedenen Rednern wurden weitgehende Maßnahmen zur energischen beschleunigten Durchführung der Abschlachtung gefordert. Schweine von mehr als 45 Kilogramm Gewicht sollten mit Ausnahme der Zuchttiere (Eber und Sauen) und nachweisbar mit Abfällen durchgefütterten Tiere zwangsweise abgeschlachtet, mäßige Höchstpreise festgesetzt und ein Verkaufszwang durchgeführt werden. Von anderer Seite wurde, da wegen Mangel an Futtervorräten der Schweinebestand von allein zurückgehen würde, vor einem überstürzten, planlosen Vorgehen gewarnt, eine Beschleunigung der Schweinebestandsaufnahme empfohlen und eine Heraufsetzung der Enteignungsrichtpreise gefordert.